

Vertreibung darf sich nicht lohnen

Nicht Geld steht im Mittelpunkt der Arbeit der Preußischen Treuhand, sondern Rehabilitierung und Wiedergutmachung. Vertreiber müssen sich dem Unrecht stellen: Für die Zukunft eines freien Europas.

Von Rudi Pawelka, Mitglied der Preußischen Treuhand.

Am 20. 11. 2006 legte die Preußische Treuhand Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg gegen die Republik Polen ein. Geklagt wird wegen der schweren Menschenrechtsverstöße, die während der Vertreibung der Deutschen jenseits von Oder und Neiße, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges begangen wurden. Hierbei steht aber auch die Vertreibung selbst im Zentrum der Beschwerde.

Der Treuhand geht es darum eine Gerechtigkeitslücke zu beseitigen, eine ungelöste Frage einer Regelung zuzuführen und Menschenrechte einzufordern, damit offene Streitpunkte einer friedlichen Zukunft nicht mehr im Wege stehen. Hinsichtlich der noch immer ungelösten Eigentumsfrage setzt sich die Treuhand für gemeinwohlverträgliche Lösungen ein: Kein Pole soll von Haus und Hof vertrieben werden, wenn er dort seit Jahren lebt. In Polen stehen heute mehr als 120.000 Immobilien leer, die aus deutschem Besitz stammen. Damit könnten Vertriebene entschädigt werden. So erläuterten es im übrigen auch Vertreter der Preußischen Treuhand am 18. 12. 2006 vor der Bundespressekonferenz in Berlin.

Polnische Behördenvertreter, die im Gefolge des Vormarsches der Roten Armee in die deutschen Ostgebiete eindrangen, haben in den letzten Monaten des Krieges, insbesondere nach dessen Ende, die deutsche Zivilbevölkerung völlig rechtlos gestellt. Die Deutschen wurden pauschal und kollektiv bestraft, ohne dass sie persönlich vorwerfbare Handlungen begangen hätten.

Die kollektive Bestrafung betraf auch Regimegegner und Opfer des NS-Staates. Die aus so genannten „rassischen Gründen“ durch Hitler-Deutschland verfolgten deutschen Juden unterlagen als Überlebende einer erneuten kollektiven Bestrafung durch ein kommunistisches Gewaltregime. Eine Folge war auch hier Entrechtung, Vertreibung aus der Heimat und Verlust des Eigentums. Hierbei ist zu bedenken, dass Vertreibungen und die Verhängung von Kollektivstrafen unter anderem Anklagepunkte vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg waren, das 1945 stattfand.

Bei den gegen die deutsche Bevölkerung verhängten Sanktionen handelt es sich in der Gesamtheit um ein schweres Verbrechen gegen die Menschheit und um eine „Kollektivstrafe.“ Dieses völkerrechtliche Verbrechen entfaltet Dauerwirkung bis in die Gegenwart und ist unverjährbar. Polen hält die Maßnahme als Reparation für die Deutschland zuzurechnenden Taten für gerechtfertigt. Rache ist aber kein Rechtfertigungsgrund, ebenso kann Unrecht nicht gegen Unrecht aufgerechnet werden.

Es bleibt unverständlich, wieso der Staatspräsident von Polen heute noch die Gewaltpolitik einer kommunistischen Diktatur rechtfertigt. Dies zeigt, daß die Staatsführung noch nicht in Europa angekommen ist. Nicht nationaler Egoismus darf dominieren, sondern europäischer Geist und die Menschenrechte stehen im Mittelpunkt. Dafür kämpft auch die Treuhand.

Die Deutschen, denen keine vorwerfbaren Vergehen zur Last gelegt werden können, haben einen Anspruch auf Rehabilitierung und auf Wiederherstellung des vor der Verletzung bestehenden Zustandes. Auch wenn die Vertreibung vor Inkrafttreten der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) und bevor Polen dieses Dokument unterzeichnete stattfand, sind die darin enthaltenen Rechtssätze wegen der Dauerwirkung des schweren Menschenrechtsverbrechens anwendbar.

Der Menschengerichtshof in Straßburg hat unlängst im Fall einer 1974 vertriebenen Griechin aus Nordzypern die Konvention angewandt, obgleich die Türkei, die zu Schadenersatz verurteilt wurde, zum Zeitpunkt der Vertreibung die Konvention nicht unterzeichnet hatte, ihr also nicht unterworfen war. Das Gericht stellte dabei zugleich fest, dass auch der Einzelne sich auf das zwingende Völkerrecht gegenüber einem Staat berufen kann.

Die Bundesregierung ist nach dem Grundgesetz verpflichtet, die verletzten Rechte der deutschen Vertriebenen nach außen zu vertreten. Es war deshalb richtig, wenn die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in einer Presseerklärung vom 03. 08. 2004 Ex-Bundeskanzler Schröder nach seinen Äußerungen am 1. August in Warschau vorwarf, die Obhutspflicht gegenüber den deutschen Heimatvertriebenen beschädigt zu haben.

Wenn die Bundesregierung diese Obhutspflicht auch heute nicht wahrnimmt, verhält sie sich verfassungswidrig. Zu diesem Ergebnis kommt auch der Potsdamer Staats- und Völkerrechtlers Eckart Klein in einem für den Deutschen Bundestag erstellten Gutachten vom 15. 02. 2005. Klein hat die Aussagen des Kanzlers analysiert. Nach seiner Auffassung waren die Erklärungen von Schröder zum Verzicht auf Eigentumsansprüche deutscher Vertriebener in Polen „rechtsgrundlos.“ Um einen Verzicht auf das Vertriebeneigentum auszusprechen, hätte der damalige Kanzler eine eindeutige Erklärung abgeben müssen. Aus seiner Aussage lässt sich aber nicht zwingend eine solche Verzichtserklärung ablesen.

Die Bundesregierung steht mit ihrer Verweigerungshaltung übrigens auch im Gegensatz zur österreichischen Regierung, die mit einzelnen Vertreiberstaaten bereits Verhandlungen über die Ansprüche Vertriebener geführt und auch Ergebnisse erzielt hat: Dies zeigt, dass Lösungen möglich sind, wenn der Wille da ist.

Die Preußische Treuhand war wegen der Untätigkeit der Bundesregierung gezwungen, durch ihre Beschwerde den Weg der privaten Selbsthilfe zu gehen. Die Verantwortung für Irritationen im deutsch-polnischen Verhältnis trägt die Bundesregierung und tragen nicht die Vertriebenen, stellte die Bundestagsfraktion der CDU/CSU in einer Presseerklärung vom 14. 09. 2004 zu Schröders Politik fest. Dies gilt auch heute.

Soweit die Präsidentin des BdV sich gegen die Beschwerden in Straßburg in öffentlichen Erklärungen gewandt hat, muß zur Ehrenrettung des BdV festgehalten werden, daß dies nicht der Beschlußlage der Bundesversammlung von 2003 und auch nicht der aktuellen Satzung entspricht. Erinnerung sei auch an ihre gegenteiligen Äußerungen wie: „Jetzt hilft nur der Rechtsweg“.

Die Rehabilitierung und die offene Eigentumsfrage sind soziale Probleme, denn viele Menschen leiden noch heute unter den Folgen der damaligen Gewaltmaßnahmen. Die Preußische Treuhand erhält regelmäßig erschütternde Briefe, insbesondere von Frauen, die als 16-jährige Mädchen in polnischen Todeslagern (z. B. Potulice und Zgoda) Zwangsarbeit leisten mußten und die heute in der Heimat von einer polnischen Minirente leben müssen.

Ihren Familien wurde das Eigentum weggenommen, Entschädigungen für Zwangsarbeit gibt es nicht. Diese Menschen fragen berechtigt: „Warum vergisst uns Deutschland?“ Die Preußische Treuhand kämpft aber auch für jüdische Deutsche, denen zweimal großes Unrecht zugefügt wurde. Auch sie warten immer noch auf eine Rehabilitierung durch Polen. Es ist daher erfreulich, dass unter den ersten 22 Beschwerdeführern auch ein jüdischer Schlesier ist, dessen Familienbesitz heute von einer britischen Firma genutzt wird.

Wenn wir wollen, daß Vertreibungen künftig geächtet werden, haben gerade die Vertriebene als Opfer die Pflicht, dieses Verbrechen nicht in das Dunkel des Vergessens abgleiten zu lassen. Deshalb kommen der Rehabilitierung und der Wiedergutmachung entscheidende Bedeutung zu. Vertreiber von gestern müssen sich heute dem Unrecht stellen: Damit deutlich wird, dass sich diese nicht lohnen. Auch für die Zukunft eines wirklich freien Europas.